

Donnerstag, 17. April 2014

MESZ 15:58 Uhr

Deutschlandfunk

- Programm
 - Vor- und Rückschau
 - Alle Sendungen
 - Nachrichten
 - Reihen und Schwerpunkte
 - Rezensionen
 - Heute neu
- Hören
 - Livestream
 - Mediathek
 - Audios
 - Podcast
 - Recorder
 - Mobil
 - Frequenzen
- Kontakt
 - Hörservice
 - Sendungen mit Hörerbeteiligung
 - Social Media
- Service
 - Wetter
 - Seewetter
 - Verkehr
 - Veranstaltungen
 - Konzertreihen
 - Playlist
 - Newsletter
- Über uns
 - Deutschlandradio
 - Funkhaus Köln
 - 50 Jahre DLF
 - Presse
 - Stellenausschreibungen
 - Ausbildung



Umwelt und Verbraucher / Archiv / Beitrag vom 02.05.2012

Umstrittener Steinkohleabbau in Kolumbien

Indigene Bevölkerung prangert Menschenrechtsverletzungen an

Von Peter Kolakowski

Die großen Energiekonzerne verstromen neben Braunkohle nach wie vor auch Steinkohle. Wichtigster Lieferant dafür ist seit dem vorigen Jahr Kolumbien. Der Abbau verletze allerdings die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen, kritisiert die Menschenrechtsorganisation FIAN.

Nach der Katastrophe von Fukushima habe die Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Aber statt den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben, setze die schwarz-gelbe Koalition weiter auf fossile Energien. Um den Energiehunger Deutschlands zu decken, importieren Stromkonzerne viel Kohle aus dem Ausland – und nähmen dabei Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in Kauf. Resümiert die Menschenrechtsorganisation FIAN. FIAN-Bergbaureferent Sebastian Rötters:

"Die Kohle aus Kolumbien wird von praktisch allen wichtigen deutschen Stromversorgern importiert. Zumindest soweit wir das wissen, von E.ON, RWE, EnBW, Vattenfall und Steag, da sind wir sicher, dass die das importieren."

Im Department La Guajira betreibt das Cerrejón-Konsortium riesige Steinkohletagebaue und beliefert mit der geförderten Steinkohle vor allem den europäischen und deutschen Markt. Gefahr droht den Menschen vor Ort unter anderem durch die Expansionspläne von Cerrejón. Im benachbarten Department Cesar bauen die US-Konzerne Drummond, Glencore aus der Schweiz, und die Colombian Natural Resources, die im Besitz von Goldman Sachs, ist Steinkohle ab. So berichtet die Generalsekretärin der Organisation Fuerza de Mujeres, Angelica Ortiz, von massiven Menschenrechtsverletzungen. Zusammen mit der Frauenorganisation Fe(Minas No)madas kämpft Fuerza de Mujeres - übersetzt "Stärke der Frauen" - gegen den geplanten Ausbau einer Kohlenmine, der Cerrejón-Mine. Denn dafür müsste der wichtigste Fluss des Departments umgeleitet werden – mit existenzzerstörenden Folgen für die dort lebenden Einwohner.

"Cerrejon möchte die Mine massiv ausbauen, möchte die Kohleförderung von 30 auf 60 Millionen Tonnen ausbauen, und zu diesem Zweck muss der Fluss der Region auf ca. 30 Kilometer umgeleitet werden - mit unvorhersehbaren Folgen für die indigenen Gemeinden, die entlang des Flusslaufs bis zu seiner Mündung leben. Für viele ist der Rancheria-Fluss die einzige oder wichtigste Wasserquelle."

Der Menschenrechtsanwalt Alirio Uribe Muñoz arbeitet in einem Anwaltskollektiv für die Gemeinde Tabaco, die 2001 von Sicherheitskräften gewaltsam geräumt wurde, um dem Cerrejón -Tagebau Platz zu machen. Uribe erzählt auch von den Morden an drei Gewerkschaftern. So soll das Bergbauunternehmen Drummond, welches ebenfalls deutsche Kraftwerke beliefert, etwas mit den Mordfällen zu tun haben.

"Drummond wird vorgeworfen, dass sie vor über zehn Jahren an der Ermordung von drei Gewerkschaftern beteiligt waren oder das in Auftrag gegeben haben. Das Unternehmen hat das immer abgestritten, aber jetzt bei einem Gerichtsverfahren in den USA wurden Paramilitärs verhört und haben ausgesagt, dass führende Mitarbeiter von Drummond massiv in diese Mordfälle verwickelt sind und dass Drummond auch die paramilitärischen Einheiten über einen längeren Zeitraum finanziell unterstützt hat."

Während die kolumbianische Regierung den massiven Ausbau des Bergbausektors forciert, fehlt es an der nötigen Kontrolle der Konzerne durch den Staat. FIAN erwartet nun von den europäischen und auch deutschen Konzernen, ihre Aktivitäten zu überprüfen und der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen, was sie gegen die verbrecherischen Machenschaften zu tun gedenken. Sebastian Rötters von FIAN:

"Wir fordern ganz klar, dass sich ein Unternehmen wie Cerrejon seiner Verantwortung stellt, indem sie auch Verantwortung übernehmen für das, was sie in der Vergangenheit gemacht haben. Gleiches gilt für die deutschen Unternehmen, die können auch nicht Kohle importieren und sagen, was da unten passiert, ist Sache der kolumbianischen Regierung. Dieser Mitverantwortung müssen sie sich stellen. Das kann zum einen nur so funktionieren, dass sie zum einen transparent machen, woher sie die Kohle bekommen, und dass sie zum Zweiten klarmachen, wie sie geprüft haben, ob durch diese Geschäfte mit kolumbianischen Partnern Menschenrechte verletzt werden oder nicht. Aus Klimaschutzgründen kann es aus meiner Sicht keine faire Kohle geben. Die Stromversorger haben ja jetzt eine Initiative gegründet, die nennt sich Better Coal Initiative, aber das ist nicht fair und auch nicht

better, denn schlussendlich werden die Hauptprobleme nicht angegangen. Das Geschäft wird nicht transparenter und die menschenrechtliche Verantwortung wird genausowenig übernommen wie bisher."

Deutschlandradio © 2009-2014